



14. September 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestags nach der Sommerpause haben wir den Bundeshaushalt 2019 in erster Lesung diskutiert.

Inhalt:

- **Bundeshaushalt 2019**
- **Bundesfinanzminister Olaf Scholz - Vorsorge für bessere Zukunft**
- **SPD-Bundestagsfraktion lobt Marie Juchacz-Preis 2019 aus**
- **Mietenstopp jetzt**
- **Nein zu einer Beteiligung am Krieg in Syrien**

Bundeshaushalt 2019

Der von uns in dieser Woche eingebrachte Entwurf des Bundeshaushalts 2019 steht unter dem Dreiklang: Zukunftsorientiert – Gerecht - Verantwortungsvoll

Diese Woche wurde der Bundeshaushalt von Finanzminister Scholz in den Bundestag eingebracht. Esther Dilcher sprach am Donnerstag zum Einzelplan 07, Justiz und Verbraucherschutz.

Viele Vorhaben des Koalitionsvertrages können jetzt schon umgesetzt werden, daher steigen auch die Investitionen auf Rekordhöhe. Wir investieren vor allem in die Bereiche Wohnen, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung.

Der Haushalt ist und bleibt dabei verantwortungsvoll. Nach wie vor wird es keine neuen Schulden geben. Das ist der sechste Haushalt in Folge, der ohne neue Schulden auskommt. Das soll sogar bis 2022 so bleiben.

Der Haushalt 2019 ist zukunftsorientiert, weil wir so viel investieren wie nie zuvor. Und zwar in unsere Infrastruktur. Klassisch investieren wir in Straßen, Schienen und Wasserwege, aber auch modern in den Breitbandausbau. Wir schaffen ein Sondervermögen für den Breitbandausbau und die Digitalisierung von Schulen.



Daneben investieren wir in den sozialen Wohnungsbau. Für den Sozialen Wohnungsbau sind in den Jahren 2020 und 2021 jeweils eine Mrd. Euro vorgesehen. Zusätzlich werden im Haushalt 2019 die Mittel um 500 Mio. Euro auf dann rund 1,5 Mrd. Euro erhöht. Daneben haben wir auch den Mieterschutz deutlich verstärkt. Das Baukindergeld wiederum soll vor allem jungen Familien helfen, zügig in die eigenen vier Wände zu kommen.



Zugleich umfasst der Haushalt ganz viele Maßnahmen für Kinder und Familien. Wir finanzieren mit 5,5 Mrd. € das „Gute-Kita-Gesetz“. Damit schaffen wir nicht nur mehr Kita-Plätze und eine bessere Betreuungsqualität, sondern ermöglichen auch eine Senkung

der Kita-Gebühren. Des Weiteren investieren wir 2,0 Mrd. € in den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Zum 1. Juli 2019 erhöhen wir das Kindergeld, den Kinderzuschlag und passen den Kinderfreibetrag entsprechend an.

Die Koalition legt mit dem Haushalt auch den Grundstein für eine stabile Rente. Dafür werden Steuermittel zurückgelegt, um durch Zuschüsse das Rentenniveau stabil und den Rentenbetrag unter 20 % zu halten. Das hat die SPD-Fraktion so durchgesetzt. Neben Leistungsverbesserungen für Rentnerinnen und Rentner wird so auch die Finanzierung des Rentensystems auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet.

Mehrausgaben für die Rüstung sehen wir hingegen kritisch, stattdessen wollen wir lieber die Weichen dafür stellen, dass die Rente bis 2040 abgesichert ist. Für die SPD ist klar: Zukunftsinvestitionen und konkrete Verbesserungen für die Menschen haben Vorrang.

Vorsorge für bessere Zukunft

Bundesfinanzminister Scholz (SPD) kündigte an, die solide Haushaltspolitik in den nächsten Jahren fortzuführen. Scholz rechnet zwar nicht mit einem Ende des Aufschwungs. Die Politik müsse dafür aber gerüstet sein. Die Überschüsse in Etats und Sozialkassen seien Grund für Zuversicht. Der Staat werde auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten handlungsfähig sein.

„Wir wollen, dass unser Land nach vorne kommt“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). Die Politik müsse dazu beitragen, dass die Menschen mit Optimismus in die Zukunft blickten.

Scholz geht es vor allem um den sozialen Zusammenhalt. An konkreten Projekten nannte Scholz das von der Regierung auf den Weg gebrachte Familienentlastungsgesetz, die Senkung des Arbeitslosenbeitrages sowie Verbesserungen bei Erwerbsminderungs- und Mütterrente. Mit dem Haushalt sollten vor allem mittlere und untere Einkommen etwas entlastet werden. Seiner Rechnung nach wird zum Beispiel eine Familie mit einem Bruttojahresgehalt von 60.000 Euro durch höhere Freibeträge, mehr Kindergeld und Steuerrabatte um 251 Euro im Jahr mehr in der Familienkasse haben.



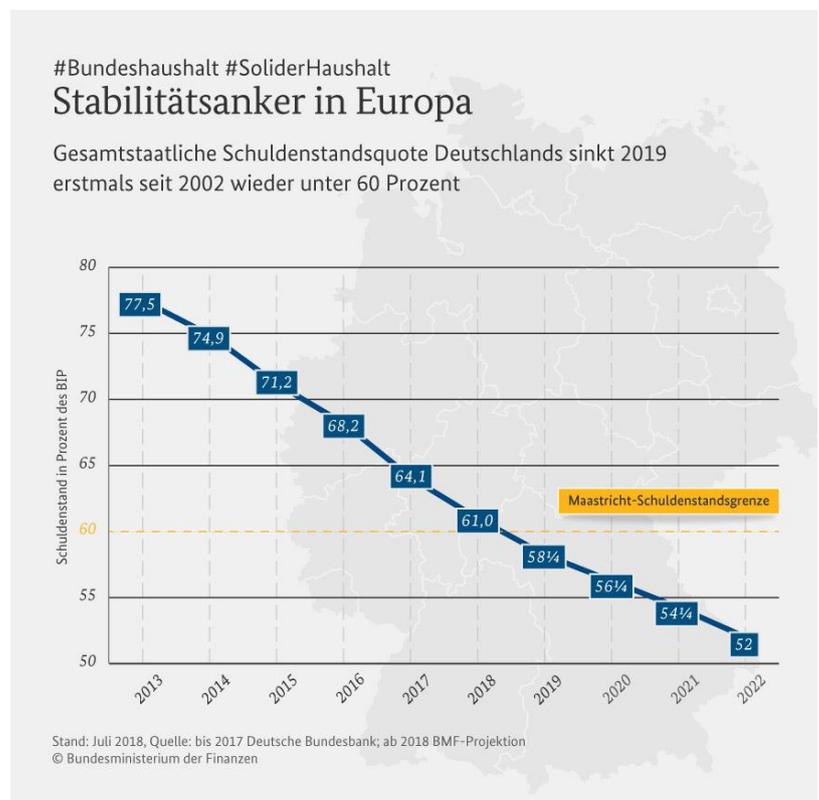
Renten

Scholz sieht stabile Renten als bestes Rezept gegen Populisten. Die Regierung garantiere das heutige Niveau bis 2025. Die von der Regierung eingesetzte Rentenkommission müsse nun dafür sorgen, dass es eine sichere Rente auch darüber hinaus in der Zukunft gebe. Er bekräftigte seine Forderung, ein stabiles Rentenniveau auch in den 2030er Jahren und darüber hinaus zu garantieren. Scholz will trotz immer älter werdender Bürger und weniger Beitragszahlern die Renten-Garantie bis 2040 ausweiten.

Maastricht-Kriterien werden wieder eingehalten

Deutschland wird wieder alle Bedingungen des Europäischen Stabilitätspakts erfüllen. Spätestens im kommenden Jahr, werde Deutschlands Schuldenquote auf unter 60 Prozent sinken, wie es die Maastricht-Kriterien verlangen. Damit fällt die Maßzahl für die Gesamtverschuldung des Staates erstmals seit 17 Jahren wieder unter die Obergrenze.

Das Defizitkriterium, das eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent des BIP beinhaltet, hält die Bundesregierung seit Jahren ein.



Grundsteuer

Bis zum Ende des Jahres will Scholz zudem einen Vorschlag zur Reform der Grundsteuer präsentieren und damit die Vorgaben des Verfassungsgerichts einhalten.

Das Verfassungsgericht hatte im April geurteilt, dass die Bemessungsgrundlagen zur Erhebung der Grundsteuer nicht mehr der Realität entsprechen.

Die Abgabe ist die dritt wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden. Ende 2024 muss die Grundsteuer für alle Grundeigentümer neu berechnet worden sein.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, die Grundsteuer auf eine feste Basis zu stellen und eine „Grundsteuer C“ einzuführen, die es schon in den 60er Jahren kurzzeitig als Baulandsteuer gab. Mit dieser Abgabe soll es teurer werden, Bauland für spekulative Zwecke jahrelang ungenutzt liegen zu lassen. So soll mehr Land für den Wohnungsbau genutzt werden können.

Es müsse gelingen, die Grundlagen zu schaffen, dass die Grundsteuer weiter erhoben werden kann, so Scholz weiter. Er werde dafür sorgen, dass die für Kommunen wichtige Grundsteuer weder entfalle, noch dass damit strukturelle Steuererhöhungen verbunden seien.

SPD-Bundestagsfraktion lobt Marie Juchacz-Preis 2019 aus

Am 19. Februar 1919 hielt mit der Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Marie Juchacz erstmals eine Frau eine Rede im deutschen Parlament. Marie Juchacz setzte sich ebenfalls für die Idee einer modernen Wohlfahrtspflege ein und rief Ende 1919 den „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt“ ins Leben. Damit war die Arbeiterwohlfahrt geboren.

Die SPD-Bundestagsfraktion zeichnet anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts junge Menschen mit dem „Marie Juchacz-Preis 2019“ aus, die sich kreativ in Form einer Rede mit Marie Juchacz auseinandersetzen. Was würde Marie Juchacz heutigen Parlamentarier*Innen mit auf den Weg geben und einfordern? Ebenfalls können zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte am Wettbewerb teilnehmen.



Ausschreibung – Kreativwettbewerb/Engagementwettbewerb

Marie-Juchacz-Preis 2019



100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT
NEUE ZEITEN. NEUE IDEEN. WIR MACHEN M♀BIL.

Mehr Informationen: <https://www.spdfraktion.de/mariejuchaczpreis>

Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der 4. Januar 2019.

Mietenstopp jetzt

Der Wahnsinn am Wohnungsmarkt muss gestoppt werden. Mit dem Mieterschutzgesetz haben wir einen wichtigen Schritt gemacht und die Rechte der Mieter gestärkt. Aber wir wollen mehr: Wir wollen einen Mietenstopp, um die Preisspirale zu unterbrechen. In den nächsten fünf Jahren sollen Mieten nur noch um die inflationsbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen – überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist. Und wir setzen uns für die beste Mietpreisbremse ein: Bauen, bauen, bauen – und zwar bezahlbare Wohnungen. Das ist Politik für ein solidarisches Land.

Mehr Informationen: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Mietenwende_Jetzt.pdf

MIETENSTOPP JETZT!

1. MIETENSTOPP FÜR 5 JAHRE

**2. BEZAHLBARE
WOHNUNGEN BAUEN,
BAUEN, BAUEN**

**3. SCHLUSS MIT SPEKULATION
AUF WOHNUNGEN ODER
BAUGRUNDSTÜCKE**

**4. MEHR WOHNRAUM FÜR
STUDIERENDE UND AZUBIS**

Einen ganz hohen Stellenwert kommt der stärkeren Förderung von öffentlichem und privatem Wohnungsbau bei, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wohnungen sollten keine Spekulationsobjekte sein – Wohnungen sind das Zuhause von Menschen. Die Interessen von Mieterinnen und Mietern sollten im Vordergrund stehen und nicht der Profit. Wohnungen und Grundstücke sollen künftig nicht mehr als lukrative Spekulationsobjekte dienen.

Nein zu einer Beteiligung am Krieg in Syrien

Die SPD lehnt eine Beteiligung Deutschlands am Krieg in Syrien ab. Bewaffnete militärische Alleingänge außerhalb des Völkerrechts sind der falsche Weg, um das Sterben in Syrien

endlich zu beenden. Die SPD wird weder in der Regierung noch im Parlament einer deutschen Beteiligung am Krieg in Syrien zustimmen. Ohne ein positives Votum des UN-Sicherheitsrates wäre ein Bundeswehreinsatz auch verfassungswidrig. Wir unterstützen den Außenminister bei seinen Bemühungen im Gespräch mit u.a. der Türkei und Russland, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.